

Titel	Go East – eine neue Perspektive für eine progressive Osteuropapolitik		
AntragstellerInnen	Jusos Magdeburg		
Zur Weiterleitung an	Juso-Bundeskongress		
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> geändert angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt	

Go East – eine neue Perspektive für eine progressive Osteuropapolitik

Empfänger: Der/Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

- 1 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat das soziale und wirtschaftliche Leben
- 2 in der Bundesrepublik Deutschland nachhaltig verändert. Auch wir Jungsozialist*innen
- 3 mussten unsere Haltung zu Themen wie der Lieferung von Waffen in Kriegsgebiete oder
- 4 der Wahrnehmung internationaler Politik überprüfen.
- 5 Die mit dem Krieg verbundenen, massiven Folgen der „Zeitenwende“ haben den Blick
- 6 auf die Interessen und Wahrnehmungen sowie die Chancen unserer Partner*innen
- 7 in Mittel-, Ost- und Südosteuropa geändert. Unsere Verfehlungen in der vergangenen
- 8 Russlandpolitik und die daraus folgenden Pflichten zur Aufarbeitung sollen sich daher
- 9 insbesondere auf unsere Nachbarn im Osten konzentrieren, nicht nur unserer Solidari-
- 10 tätät und der Bereitschaft willen. Mit der Berücksichtigung unserer gemeinsamen Ge-
- 11 schichte in Europa und unserer Verantwortung als internationalistischer Verband möch-
- 12 ten wir der jungsozialistischen Idee nachkommen, die Gesellschaft als solche zu formen
- 13 und den unkritischen Narrativen gegenüber dem russischen Regime in den ostdeut-
- 14 schen Bundesländern entgegenzustehen.
- 15 (Ost-)Deutschland und Sachsen-Anhalt spielen schon seit Jahrhunderten eine Rolle bei
- 16 unseren östlichen Nachbarn. Seit dem Mittelalter war beispielsweise das Magdeburger
- 17 Recht ein wichtiger staatlicher Faktor. Von Quedlinburg bis Charkiw wandten rund 1000
- 18 Städte in Mittel- und Osteuropa dieses kaufmännisch geprägte Rechtssystem an. Es er-
- 19 möglichte städtische Autonomie, die Unantastbarkeit von Leib und Leben, das Recht
- 20 auf Besitz sowie die individuelle Freiheit der Bürger – alles Werte, die nun in der Ukrai-
- 21 ne bedroht sind. In der Moderne wiederum waren die Beziehungen nach Mittel- und

22 Osteuropa von den leidvollen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs und später der so-
23 wjetischen Hegemonie innerhalb des Warschauer Paktes und dem Rat für gegenseitige
24 Wirtschaftshilfe (RGW) geprägt.

25 Trotz des undemokratischen Einflusses der Sowjetunion unterscheidet sich die Affinität
26 gegenüber Russland in Ostdeutschland erheblich von Mittel- und Osteuropa. Während
27 im Großteil der Staaten östlich der ehemaligen DDR die Ablehnung gegenüber dem rus-
28 sischen Regime hoch ist, finden wir in Ostdeutschland weiterhin eine hohe Zustimmung
29 und wenig kritische Auseinandersetzung mit der russischen Entwicklung in den letzten
30 Jahren. Wir haben durch die in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt organisierten
31 Großdemonstrationen gesehen, wie stark die Russland-Affinität gerade im Osten veran-
32 kert ist. Während in Westdeutschland 63 Prozent der Bürger*innen die Unterstützung
33 der Ukraine mit Waffen befürworten, sind es im Osten Deutschlands lediglich 40 Pro-
34 zent.

35 In der Vergangenheit hatte besonders Deutschland von der wirtschaftlichen Koopera-
36 tion mit Russland profitiert, ohne dies mit politischen Forderungen zu verknüpfen. Die
37 universelle Verfügbarkeit russischen Gases hat beispielsweise im sachsen-anhaltischen
38 Chemiedreieck zu großen Standortvorteilen geführt, während wir damit die Vorausset-
39 zung für eine noch stärkere Bedrohungslage unserer mittel- und osteuropäischen Nach-
40 barn geschaffen haben.

41 Wir Jusos sehen uns in der Verantwortung, diese Fehler aufzuzeigen. Nicht nur unsere
42 Position in der Mitte von Europa, sondern auch unsere Geschichte eines geteilten Staa-
43 tes, verwurzelt sowohl im westlichen als auch im östlichen Teil des Kontinents, bieten
44 uns die Möglichkeit, ein Scharnier zwischen den Interessen der westeuropäischen und
45 osteuropäischen Staaten zu sein. Wir sehen uns in der Pflicht zu erkennen, dass wir un-
46 sere Position vor allem für westeuropäische Interessen genutzt und damit die Interessen
47 und Lebenswahrheiten Mittel- und Osteuropas hintenangestellt haben.

48 Mit den Montagsdemonstrationen, direkt anschließend an die Covid-Proteste, sahen wir
49 auch in Sachsen-Anhalt eine extreme Mobilisierung und eine klare Veränderung in der
50 europapolitischen Debatte. Rechte Gruppierungen, darunter die AfD und die "Freien
51 Sachsen", bedienten sich klar bei von der russischen Regierung beeinflussten Narra-
52 tiven, die Angst schürten und somit den Destabilisierungsbemühungen Moskaus zuar-
53 beiteten. Auch die Bemühungen des stellvertretenden AfD-Landesvorsitzenden Hans-
54 Thomas Tillschneider, mit Unterstützung der AfD-Landespartei und der Landtagsfrakti-
55 on, durch eine russische "Hilfsorganisation" im September 2022 in den russisch besetz-
56 ten Teil der Ostukraine zu reisen, um unter dem Slogan "Ami go home" den Schulter-
57 schluss zwischen Deutschland und Russland zu propagieren, werden von uns nicht ver-
58 gessen. Wir sehen eine Kooperation innerhalb der europäischen Rechten, die eindeutig
59 versucht, unsere Demokratie mit einer nationalistischen und menschenverachtenden
60 Agenda zu verdrängen.

61 Forderungen, die Nord Stream 2-Pipeline-Stream zu reparieren und jegliche Propagie-
62 rung russischer Erzählungen über die Verhandlungsbereitschaft Russlands lehnen wir
63 daher ab. Das russische Regime zeigt immer wieder, dass es nicht bereit ist zu verhan-
64 deln. Für die Erreichung seiner Kriegsziele ist es auch weiterhin bereit, Menschenrechts-
65 verletzen und Kriegsverbrechen in der Ukraine zu begehen. Unsere Antwort darauf
66 kann also nur sein: Wir unterstützen die Ukraine in ihrem Kampf um Souveränität und
67 auf ihrem Weg in die Europäische Union. Dazu gehört für uns neben der kontinuierli-
68 chen finanziellen und humanitären Hilfe auch die Lieferung von Waffen.

69 Über den Krieg hinaus wird die Ukraine Hilfen brauchen, um ihr Land wieder aufzu-
70 bauen. Darum müssen wir gemeinsam dafür sorgen, dass die Ukraine sich von diesem
71 schrecklichen Krieg erholt und Teil unserer Europäischen Gemeinschaft werden kann.
72 Notwendig dafür wird unter anderem ein Wiederaufbauprogramm sein. Auch Sachsen-
73 Anhalt kann und sollte seinen Teil dazu beitragen - mit neuen Städtepartnerschaften,
74 verstärktem Austausch und wirtschaftlicher Kooperation. Bei Hilfen zum Wiederaufbau
75 und einer europäischen Integration der Ukraine gilt es jedoch zu beachten, dass diese
76 auf Augenhöhe geschehen und keine einseitigen Vorteile für die Staaten der Europäi-
77 schen Union in den Vordergrund gestellt werden. In diesen Verhandlungen muss die
78 Ukraine Handlungs- und Gestaltungsmacht erhalten.

79 Auch sicherheitspolitisch hat sich seit dem Angriff auf die Ukraine viel verändert. Für
80 uns ist klar: Wir nehmen die Ängste und Sorgen unserer osteuropäischen Nachbarn
81 ernst. Der plötzliche Überfall auf die Ukraine hat uns die schreckliche Wahrheit auf-
82 gezeigt, wie real diese Ängste sind. Während wir vor über einem Jahr noch dachten,
83 ein Krieg inmitten von Europa sei nicht mehr möglich, sind wir im letzten Jahr Zeugen
84 des Gegenteils geworden. Die Gefahr ist real. Das bedeutet auch, dass wir unseren Si-
85 cherheitsbegriff erweitern und die Sicherheitspolitik in Europa stärken müssen, jedoch
86 nicht die nationale Aufrüstung aller Einzelstaaten. Wir stehen weiterhin zu der Forde-
87 rung einer gemeinsamen europäischen Armee zugunsten nationaler Abrüstung. Nur so
88 werden wir unsere zukünftige Sicherheit gut organisieren können. In einem solch en-
89 gen Bündnis wie der Europäischen Union ist die Existenz von 27 Armeen nicht sinnvoll.
90 Wir verstehen aber, dass aufgrund der leidvollen Erfahrungen der mittel- und osteuro-
91 päischen Staaten durch den von Deutschland angezettelten Zweiten Weltkrieg das Be-
92 dürfnis nach nationaler Sicherheit durch eigene Armeen hoch ist. Hier werden wir viel
93 Vertrauen (wieder-)aufbauen müssen. Dies gelingt uns am besten mit der Gemeinsa-
94 men Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Gemeinsamen Euro-
95 päischen Verteidigungspolitik (GSVP), für welche wir klar eintreten.

96 Um gemeinsam gegen die drohenden Gefahren anzukommen, braucht es starke, grenz-
97 übergreifende Verbindungen und Lösungen. Unsere Grenzregionen müssen gestärkt
98 werden und eine verbindende Wirkung zu erhalten, die ein gemeinsames Europa er-
99 möglicht. Konkret gilt es, politisch Vereine und Organisationen zu unterstützen, die
100 grenzübergreifende Begegnungen schaffen, Vorurteile und das damit verbundene Un-

101 behagen abbauen. Auch den grenzübergreifenden "Euroregionen" an sich muss eine
102 größere Relevanz und Bedeutung zugesprochen werden. Diese stellen eine gute Mög-
103 lichkeit dar, grenzübergreifende Zentren aufzubauen, die sowohl territoriale als auch
104 mentale Grenzen verschwinden lassen. Mecklenburg-Vorpommern hat mit dem Kon-
105 zept des „demokratischen Ostseeraums“ bereits einen guten Schritt in diese Richtung
106 vorgelegt. In Sachsen-Anhalt wiederum wird das geplante Zukunftszentrum für Deut-
107 sche Einheit und Europäische Transformation eine Möglichkeit darstellen, internationa-
108 le Kooperation zu fördern und Antworten auf die internationalen Herausforderungen
109 der Zukunft zu geben. Wir als Jungsozialist*innen sollten dies in Verbindung mit unse-
110 ren Partnerverbänden in Mittel- und Osteuropa aktiv begleiten.

111 Derzeit haben es progressive Bewegungen und Parteien in Mittel- und Osteuropa beson-
112 ders schwer. Konservativ-nationalistische Politik in Verbindung mit autoritären Staats-
113 umbauten sind auf dem Vormarsch. Das zeigt sich auch in der Gesellschaft und an
114 den Grenzen. Umso wichtiger ist es, die progressiven politischen Kräfte in den Ländern
115 stärker zu vernetzen und zusammenzubringen. Das ist unsere Verantwortung als Netz-
116 werkpartei. Dafür benötigt es mehr gemeinsame Foren und Austauschmöglichkeiten
117 mit unseren Schwesterparteien in Mittel- und Osteuropa, aber auch mit Gewerkschaf-
118 ten und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Wir brauchen ein internationales Enga-
119 gement gegen anti-europäische Umtriebe und einen grenzüberschreitenden Kampf für
120 Antifaschismus und Antirassismus.

121 Aus wirtschaftspolitischer Sicht eint uns und unsere östlichen Nachbarn bereits vieles.
122 Das System der Planwirtschaft, der gewaltige Strukturbruch und eine weitreichende
123 Transformation waren und sind eine gemeinsame Erfahrung. Viele lokale Unternehmen
124 mussten schließen, viele Unternehmen mit Sitz in Westeuropa haben die Chancen für
125 eine Übernahme genutzt. Ost- und Mitteleuropa ist wie Ostdeutschland in Teilen zur ver-
126 längerten Werkbank des Westens geworden. Geringe Löhne und schlechtere Arbeitsbe-
127 dingungen sind grenzüberschreitend die Folge. So liegt weiterhin im östlichen Teil der
128 Europäischen Union im Vergleich zu Westeuropa eine deutlich andere Wirtschaftsstruk-
129 tur vor. Die Vermögen und Möglichkeiten, in Zukunftstechnologien zu investieren, sind
130 erheblich geringer. Gleiches gilt für staatliche Investitionen und Beihilfen.

131 Wir werden gemeinsam die grüne Transformation des 21. Jahrhunderts meistern müs-
132 sen. Umso wichtiger ist im gemeinsamen Interesse, dass seitens der EU ausreichend
133 Mittel zur Unterstützung der anstehenden Investitionen zur Verfügung gestellt werden.
134 Programme wie der Just Transition Fund und der Green New Deal sind dafür gute In-
135 strumente. Für eine wirklich schlagkräftige Europäische Union im industriepolitischen
136 Bereich sind aber weitere Förderungen notwendig. So fordern wir zum einen die Ein-
137 richtung europäischer Eigenmittel zur Bekämpfung der strukturellen Benachteiligung
138 Osteuropas.

139 Zum anderen kann gute Transformation nur mit guter Arbeit gelingen. Mit dem Struk-
140 turwandel der neunziger Jahre hat sich auch die Arbeitsrealität in Ostdeutschland und

141 Mitteleuropa geändert. Die Transformation ermöglicht uns, dies zu ändern. West und
142 Ost sollen sich künftig auf Augenhöhe begegnen. Entscheidungen wie die Mindestlohn-
143 richtlinie sind dafür der richtige Weg. Darüber hinaus benötigt es weiterhin Initiativen,
144 beispielsweise für mehr Tarifbindung und betriebliche Mitbestimmung in der gesamten
145 Europäischen Union.